

202446-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Leitungsmanager

OJ S 68/2024 05/04/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Leitungsmanager

Beschreibung: Im Zuge der Großmaßnahme A565, Bonn Tausendfüßler (6-streifiger Ausbau einschl. Ersatzneubau von Überführungsbauwerken), die in Dammlage im innerstädtischen Gebiet auf einer Länge von ca. 1,5 km verläuft, sind sämtliche Konfliktpunkte mit den Ver- und Entsorgungsanlagen planerisch im Detail auszuarbeiten (Lph. 1 bis 8, ohne 4 und 7). Anzahl der bekannten Konfliktpunkte ca. 180. Zum Leistungsumfang gehören die Abstimmungen zwischen dem AG, den Planungsbeauftragten und den Leitungsbetreibern.

Kennung des Verfahrens: fa047490-9367-4b20-a1a5-ddbacbee5e28

Interne Kennung: 44-23-5029

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die geforderten Angaben, Nachweise und Erklärungen sind die vom Auftraggeber vorgefertigten Teilnahmeunterlagen zu verwenden. Die Teilnahmeunterlagen fassen die gewünschten Informationen und Nachweise der Bekanntmachung zusammen. Bei elektronischem Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) mit Signatur ist der Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) wie vorgegeben digital zu signieren und zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist über die Vergabepattform (<https://vergabe.deges.de> und <https://bietercockpit.de>) einzureichen. Der Antrag auf Teilnahme ist zwingend in seiner Form einzuhalten. Die geforderten Nachweise

und gewünschten Erklärungen sind entsprechend der vorgegebenen Nummerierung der Anlagen zu den jeweiligen Kapiteln der Teilnahmeanträge zu gliedern und zu sortieren. Die Nichtverwendung sowie die unvollständige Verwendung / Ausfüllung der vorbereiteten Teilnahmeunterlagen können zu einem Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Nicht unterschriebene sowie nicht fristgerechte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt, darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen reicht nicht aus. Kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger werden besonders auf die Möglichkeit der Bildung von Bewerbergemeinschaften hingewiesen. Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag zwingend einzureichen: - Teilnahmeantrag (Interessensbestätigung) - Eigenerklärung zur Eignung inkl. der geforderten Nachweise und Eigenerklärungen - EU-Eigenerklärung Art. 5k VO (EU) Nr. 833-2014 - Liste der Projektverantwortlichen des AN Folgende Unterlagen sind mit dem Teilnahmeantrag, soweit zutreffend, einzureichen: - Erklärung Bewerbergemeinschaft - EU-Verzeichnis der Unterauftragnehmer - Verzeichnis anderer Unternehmen (Eignungsleihe) Folgende Unterlagen sind nur auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen: - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer - Verpflichtungserklärung Eignungsleihe - Anhang II VO (EU) 2023-1441 (Formular für Meldungen und Erklärungen zu drittstaatlichen Zuwendungen) +++ ACHTUNG +++ Die Erläuterungsgespräche werden noch vor der Aufforderung zur Erstanteabgabe stattfinden! Die Teilnehmer werden im Vorfeld, nach erfolgreichem Teilnahmeantrag, diesbezüglich näher informiert und eingeladen! +++ ACHTUNG +++

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Konkurs: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. §124 GWB vorliegen

Korruption: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf.

Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vergleichsverfahren: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Betrugsbekämpfung: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Zahlungsunfähigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gem. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vorliegen (§ 124 (2) GWB), - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: - dass die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, Auf gesondertes Verlangen: gem. Eigenerklärung zur Eignung - Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, soweit Ihr Unternehmen beitragspflichtig ist

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen

Entrichtung von Steuern: - dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Angaben ordnungsgemäß erfüllt wurde und insofern nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, Auf gesondertes Verlangen: gem. Eigenerklärung zur Eignung - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: - dass nachweislich keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, - ggf. Nachweise hinsichtlich einer durchgeführten Selbstreinigung gem. § 125 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Leitungsmanager

Beschreibung: Im Zuge der Großmaßnahme A 565, Bonn Tausendfüssler (6-Streifiger Ausbau einschl. Ersatzneubau von Überführungsbauwerken) , die in Dammlage im innerstädtischen Gebiet auf einer Länge von ca. 1,5 km verläuft, sind sämtliche Konfliktpunkte mit den Ver- und Entsorgungsanlagen planerisch im Detail auszuarbeiten (LPH 1 bis 8, ohne 4 und 7) - Anzahl der bekannten Konfliktpunkte ca. 180. Zum Leistungsumfang gehören die Abstimmungen zwischen dem AG, den Planungsbeauftragten und den Leitungsbetreibern
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 23/09/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2033

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Ein Bewerber oder ein Bieter ist von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren wegen Unzuverlässigkeit auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zu zurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist. A) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), B) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), C) § 262 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, D) § 265 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder Haushalte richtet, die von der EG in ihrem Auftrag verwaltet werden, E) § 334 StGB (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter

und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes, F) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), G) § 370 der Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber oder Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber oder Bieter bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber oder Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt [§ 123 (1) Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 GWB sowie § 123 (4) Nr. 1 GWB]. - Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet [§ 124 Abs. 2 GWB], - dass der Bewerber nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellt [§ 124 Abs. 3 GWB], - dass nachweislich im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit keine schweren Verfehlungen begangen wurden [§ 124 Abs. 3 GWB], - dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde [§ 123 Abs. 4 GWB]. Näheres siehe Aufforderung zur Angebotsaufforderung & Eigenerklärung zur Eignung. Ist der inländische Bewerber eine juristische Person, deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/Planungsleistungen gehören, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch die Erklärung des Bewerbers zu III.2.3) nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung ihrer oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärungen gem. § 45 (4) Nrn. 1 und 2 VgV sind vorzulegen. Die Angaben sind in den Angebotsunterlagen vorzunehmen. § 45 (4) Nr. 2 VgV: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis, dass im Auftragsfall durch eine Haftpflichtversicherung eine Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio. € und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in Höhe von 5,0 Mio. € gegeben ist. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: Zusicherung der Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung bzw. einen entsprechenden Versicherungsnachweis Unternehmen, die in den Präqualifizierungsdatenbanken <https://amtliches-verzeichnis.ihk.de> oder www.pq-verein.de bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer und / oder des Zugangscodes angeben. Sofern vom Auftraggeber Nachweise gefordert werden, die nicht in den Präqualifizierungsdatenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 (3) Nr. 2 VgV: Leistungsfähigkeit der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, inkl.

berufliche Befähigung. Der Bieter muss mindestens folgende Befähigung aufweisen:

Insgesamt werden mind. zwei Mitarbeiter mit abgeschlossenem Studium im Bereich

Bauingenieurwesen oder vergleichbar (in etwa Techniker) benötigt, wobei ein Mitarbeiter

mind. fünf Jahre Berufserfahrung in der Koordinierung der Leitungsumlegung sowie ein

weiterer Mitarbeiter mind. drei Jahre Berufserfahrung im Bereich der Verkehrsplanung

nachzuweisen hat. Für die benannten Personen muss mindestens ein Referenzprojekt aus

den vergangenen drei Jahren nachgewiesen werden, das mit der hier ausgeschriebenen

Maßnahme einhergeht. § 46 (3) Nr. 1 VgV: Ausführung von Leistungen in den letzten drei

Jahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Der Bieter muss mindestens

folgende Leistung erbracht haben: Der Bewerber muss mindestens zwei abgeschlossene

Projekte welche die Koordinierung der Versorgungsträger hinsichtlich einer Umlegung von

Ver- und Entsorgungsanlagen, als Leistung nachweisbar enthalten. § 46 (3) Nr. 9 VgV:

Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung, über die das Unternehmen für die

Ausführung des Auftrags verfügt. Über folgende Ausstattung muss der Bieter verfügen: -

Datentransfersystem für Projektkommunikation zwischen AG, AN und Dritten (Datenserver) -

CAD-Software, z.B. AutoCad, Allplan, etc. - AVA-Programm (GAEB-90-fähig) § 46 (3) Nr. 10

VgV: Teil des Auftrages, der unter Umständen an Unterauftragnehmer vom Bieter vergeben

werden sollen. Der Bieter ist nur dann geeignet, wenn die von ihm benannten

Unterauftragnehmer den Mindeststandards für die übernommenen Leistungen genügen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens

eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote

ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität - Fachlich und Technisch

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabe.autobahn.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=Details&TenderOID=54321-Tender-18e7fc6cf7-5c27a5c0ad0c0e0b>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.autobahn.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/06/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://vergabe.autobahn.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/05/2024 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung der Unterlagen richtet sich nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Die Autobahn GmbH des Bundes

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann ein Nachprüfverfahren bei der Vergabekammer beantragt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Die Autobahn GmbH des Bundes

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes - NL Rheinland

Registrierungsnummer: USt-ID DE329214156

Postanschrift: Hansastrasse 2

Stadt: Krefeld

Postleitzahl: 47799

Land, Gliederung (NUTS): Krefeld, Kreisfreie Stadt (DEA14)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: FU-RHL-NL-KR-Vergabesevice@autobahn.de

Telefon: +49 21518190

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: N.N.

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes

Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156

Postanschrift: Heidestraße 15

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10557

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: recht@autobahn.de

Telefon: +49 30640960

Fax: +49 30403680811

Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Die Autobahn GmbH des Bundes
Registrierungsnummer: USt.-ID DE329214156
Postanschrift: Heidestraße 15
Stadt: Berlin
Postleitzahl: 10557
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland
E-Mail: recht@autobahn.de
Telefon: +49 30640960
Fax: +49 30403680811
Internetadresse: <https://www.autobahn.de>

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-7007

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 7f78d5c7-2416-4772-b2fc-51c7932cf6a4 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 03/04/2024 16:36:38 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 202446-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 68/2024
Datum der Veröffentlichung: 05/04/2024